Inhalt:

Wahlprospekt des SPD-Ortsvereins Papenburg	S. 01	Landtagswahlprospekt	S. 07
Besuch des niedersächsischen Finanzministers	S. 05	Besuch der niedersächsischen Justizministerin	S. 10
Besuch im Sozialen Betrieb A&W Sögel	S. 05	Besuch der niedersächsischen Kultusministerin	S. 11
Listenplätze	S. 06	Wahlwerbung	S. 12

JANUAR 1994

SPD ★ ⇐ Rathaus

Ortsverein Papenburg

Was bewegte die SPD 1993 in Papenburg?

Golfplatz:
Mit einer großen Anzahl Papenburger Bürger ist es uns gelungen, die Spazierwege am Golfplatz für die Öffentlichkeit zu erhalten. Zur Zeit sind wir dabei, eine sinnvolle Erweiterung und Ergänzung des Wegenetzes politisch durchzusetzen.

Jugendzentrum:
In jahrelangen Diskussionen hat die SPD es erreicht, daß das Wasserwerk angekauft und mit dem Umbau für ein Jugendzentrum begonnen wurde. Leider hat es die CDU bisher abgelehnt, die Stelle eines Jugendpflegers als Jugendzentrums-Leiter auszuschreiben. Wir werden in dieser Frage aber nicht locker lassen.

Stadtbus:
Nach vielen und ausgiebigen Diskussionen ist uns der Stadtbus erhalten geblieben, wenn auch in abgeschwächter Form.

Stadtzentrum:
Nach zähem Ringen haben wir es in kleinen Schritten geschafft, unsere schöne Innenstadt wenigstens in den Sommermonaten autofrei zu halten.

Frauenhaus:
Der SPD ist es gelungen, die Mehrheitspartei davon zu überzeugen, daß ein Frauenhaus mit einer sozialpädagogischen Betreuung notwendig ist, auch wenn die Standortfrage nicht unseren Vorstellungen entspricht.

Diekhausstraße:
Um den Schulweg für die Kinder der Waldschule sicherer zu gestalten, konnte die SPD bewirken, daß in die Diekhausstraße nur von der Rheiderlandstraße eingefahren werden darf. Damit ist ein verkehrsberuhigender Effekt für die Anwohner erreicht.

DIZ:
Nach langem Kampf konnte die Arbeit des Dokumentations- und Informationszentrums für die Emslandlager durch die Finanzierung einer festen Stelle durch das Land Niedersachsen und eine Verwaltungskraft durch den Landkreis langfristig gesichert werden.

Mütterzentrum:
Auf Drängen der SPD-Fraktion wurde ein fester Zuschuß für das Mütterzentrum erreicht.

Sie sehen, Kontinuität und Beharrlichkeit bringt Erfolg.

Neuer Familienpaß: Etikettenschwindel

Der Sozialausschuß beschloß, für 1994 eine neue Regelung für den Familienpaß. Zukünftig sollen nicht nur Familien mit drei Kindern, sondern auch Familien mit zwei Kindern den Familienpaß erhalten; allerdings wird das Angebot insofern eingeschränkt, als die Veranstaltungen im Kultur- und VHS-Bereich herausgenommen und an eine Einkommensstaffelung gebunden werden.
Die SPD ist gegen diese Regelung. Denn nach der Herausnahme der kulturellen Angebote und der VHS-Kurse ist der Familienpaß nicht mehr attraktiv. Viele Berechtigte aber werden den Mehraufwand scheuen und keinen Antrag auf Ermäßigung für diese Angebote mehr stellen. Die SPD geht davon aus, daß dies von der CDU auch beabsichtigt ist, um die Kosten zu senken. Immerhin nützen zur Zeit über 400 Familienpaßinhaber das VHS-Angebot. Viele werden davon wohl nicht übrig bleiben. Der Familienpaß ist somit ein Etikettenschwindel.

Die SPD begrüßt grundsätzlich die Ausweitung des Kreises der Berechtigten auf Familien mit zwei Kindern und wäre auch mit der Bindung an eine Einkommensstaffelung einverstanden. Aber statt eine Einschränkung des Angebots hätte sie an die Besserverdienenden ab einer bestimmten Einkommensgrenze appelliert, den Paß zurückzugeben, um die Kosten zu senken und anderen Familien die Teilnahme zu ermöglichen.

So verschaukelt uns die Regierung Kohl

Mit seinen Horrorplänen will das Streichorchester Kohl 1994 rund 21 Milliarden sparen.

Mit den geplanten Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz wollte die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise die Kommunen und Landkreise belasten.

SPD-Mehrheit im Bundesrat verhindert 1 MIO. DM Mehrbelastung 1994 für die Stadt Papenburg!

Skandalös ist die Tatsache, daß davon mehr als die Hälfte, auf Kürzungen im Sozialbereich entfallen.
Die Opfer dieser Politik werden in drastischer Weise und noch stärker als bisher Arbeitslose und Sozialleistungsbedürftige sein. Bestehende Armut wird vergrößert und weitere Hunderttausende und ihre Familien an und unter die Armutsgrenze geraten. *Allein die Zahl der von Armut betroffenen Kinder wird die 2 Millionengrenze erreichen.*

So werden wir alle betrogen:

Der Betrug an den Arbeitslosen

Die SPD hat verhindert, daß die Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzt wird. Aber:
Ein unglaublicher Skandal: Je länger jemand arbeitslos ist, desto rigoroser wird sein Arbeitslosengeld gekürzt. Langzeitarbeitslose bekommen nach den Plänen der Regierung Kohl demnächst nur noch durchschnittlich 1.282 DM im Westen. Das sind Einkommenseinbußen von ca. 6%.
Die Arbeitslosenhilfe wird um 3% gesenkt. Viele Betroffene sinken unter die Sozialhilfe-Schwelle.
Die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden gesenkt. Schon jetzt mußte die INUMA 58 Beschäftigte entlassen, davon 45 in die Arbeitslosigkeit.

Der Betrug an den Sozialhilfe-Empfängern

Die Aufwendungen für die Sozialhilfe werden real nach Abzug der Preissteigerung gesenkt. Das ist eine der brutalsten Ungerechtigkeiten der geplanten Kürzungen. Denn schon heute müssen die Ärmsten der Armen mit durchschnittlich 510 DM im Westen auskommen – zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

Der Betrug an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Das Krankengeld, Schlechtwettergeld, Eingliederungsgeld wird um 3% gesenkt.

Über Karenztage bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen allein die Arbeitnehmer die geplante Pflegeversicherung finanzieren.

Der Betrug an Schülern und Studenten

Auf die BAföG-Anpassung 1994/1995 wird verzichtet. Obwohl die Preise weitersteigen, werden rund 900 000 SchülerInnen und StudentInnen mit einem BAföG auskommen müssen, das auf der Basis von 1992 berechnet ist.

Der Betrug an den Eltern

Streichungen beim Kindergeld;
Sonstige Einkünfte und Bezüge eines Kindes werden auf das Kindergeld angerechnet. Der Nebenjob eines Studenten kann also in Zukunft zur völligen Streichung des Kindergeldes führen.

Der Betrug an den Beamten

Nullrunden bei den Beamten als Signal für die Tarifpolitik im kommenden Jahr.

Der Betrug an den Bauarbeitern

Das Schlechtwettergeld soll ab 1. Juli gestrichen werden. Damit kehren am Bau wieder Zustände wie Anfang der 50er Jahre ein, als jährlich Zigtausende Bauarbeiter während der Schlechtwetterperiode entlassen wurden.

Standort Deutschland

Warum nicht ein Frauenschutzhaus auf der Johannesburg? Das ist doch eine gute Lösung für die Frauen! Oder?

Glauben Sie das auch? Dann lesen Sie nicht weiter. Wenn Sie aber wissen wollen, warum Frauengruppen sich gegen diesen Standort aussprechen, dann denken Sie bitte über die folgenden Argumente einmal nach!

- Die Johannesburg ist eine sehr erfolgreich arbeitende pädagogische Institution.
- Stimmt, aber sie ist eine Institution der Jugendhilfe. Die betroffenen Frauen aber möchten nicht mit Jugendlichen zusammen betreut werden, da ihre Probleme nicht vergleichbar sind. Die Frauen haben auch Angst vor dieser Einrichtung. Hier Hilfe zu suchen, würde vielen schwerfallen. Vor allem die Größe der Burg schreckt ab, suchen die Frauen doch zunächst eine Ruhezone für sich und ihre Kinder.
- Die Betreuung ist auf der Burg optimal.
- Dies ist richtig, denn das von der Burg vorgeschlagene Betreuungskonzept stimmt mit den Vorstellungen der Frauen überein. Es ist das, was die Betroffenen seit langem fordern. Betreung und Trägerschaft wären bei der Burg nicht schlecht angesiedelt, wenn ein Außenstandort gefunden würde.
- Es ist eine kostengünstige Lösung.
- Die Johannesburg müßte auf dem Gelände auf jeden Fall ein neues Gebäude errichten.

13. März 1994

Selbstverständlich Peter Direkt

Das kostet viel Geld. Unserer Meinung nach sind vorhandene Alternativen nicht genügend geprüft worden. Darüber hinaus hat die Bezirksregierung eindeutig dargelegt, daß vorhandene Gelder nur dann zur Verfügung stehen, wenn das Betreuungspersonal im Schutzhaus nicht auch andere Aufgaben in einer Einrichtung der Jugendhilfe wahrnimmt, denn dafür gibt es keine gesetzliche Grundlage. Somit verfallen Gelder.

- Die Frauen könnten auf der Johannesburg eine Berufsausbildung machen.
- Betroffene Frauen haben sicherlich zunächst andere Probleme, als eine Berufsausbildung zu beginnen. Ohnehin haben ja viele vor der Ehe einen Beruf ausgeübt. Sie wollen nicht über Jahre in einem Frauenhaus bleiben, sondern suchen nur eine Schutzzone, bis sie mit den Kindern das Leben wieder im Griff haben. Außerdem dürfte es schwierig sein, erwachsene Frauen und Jugendliche zusammen auszubilden.

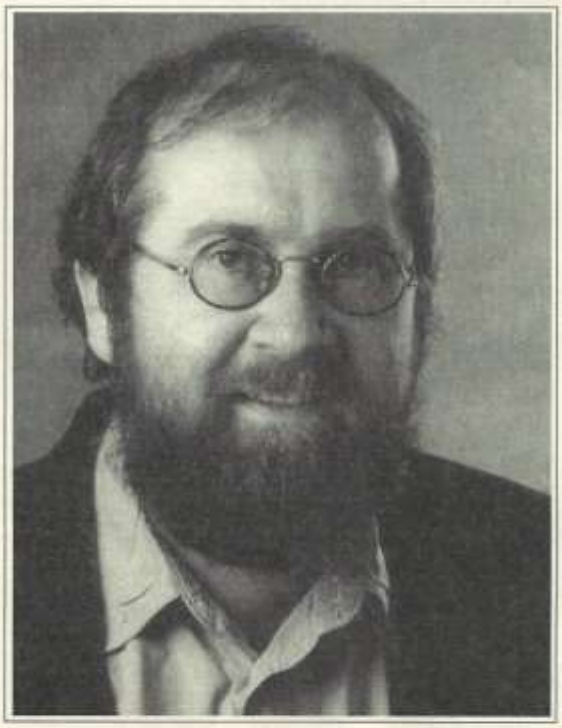
AUS DIESEN GRÜNDEN LEHNEN WIR DEN STANDORT JOHANNESBURG AB!

Hauptamtliche Frauenbeauftragte für Papenburg

Im Juni dieses Jahres hat die Landesregierung die Niedersächsische Gemeindeordnung dahingehend geändert, daß jetzt Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eine hauptberuflich tätige Frauenbeauftragte einstellen müssen. Nach dem neuen Gesetz ist die Stadt Papenburg verpflichtet, eine solche Stelle auszuschreiben. Die SPD-Fraktion begrüßt das neue Gesetz, das der Frauenbeauftragten mehr Rechte und damit auch mehr Möglichkeiten der Einflußnahme zusichert, als das bisher der Fall war.

Wichtig ist vor allem, daß diese Arbeit nun nicht mehr ehrenamtlich geleistet werden muß. Die Frau, die diese Stelle antritt, wird sicherlich nicht über Arbeitsmangel zu klagen haben. Der zunehmende Konkurrenzkampf um die knapper werdende Arbeit, aber auch die Organisation von Familie und Arbeitsplatz, die Mobilitätsprobleme und nicht zuletzt der große Anteil alleinerziehender Frauen sind nur einige von vielen Frauenthemen.

Peter Raske: Unser Kandidat aus Papenburg für den Niedersächsischen Landtag



Mein Name ist **Peter Raske**, ich bin 44 Jahre alt und stamme aus einer alten Bauernfamilie. Durch meine Frau bin ich von Schleswig-Holstein nach Papenburg gekommen und fühle mich seither als Emsländer.
Nach meinem Studium der Kunsterziehung und Soziologie (Schwerpunkt Volkswirtschaftslehre) war ich **wissenschaftlicher Mitarbeiter** an verschiedenen bildungs- und kulturpolitischen Projekten in NRW, war fünf Jahre **Vorsitzender** des Bundesverbandes der Jugendkunstschulen Deutschlands. Ich habe ein Jahr lang das Projekt "Jugendschiff" der Katholischen Erwachsenenbildung in Sögel betreut. Heute bin ich **Leiter der beruflichen Bildung** im "Benachteiligtenprogramm" der Johannesburg.
Da ich zwischenzeitlich mehrfach arbeitslos war, hat sich mir die Erkenntnis tief eingeprägt, daß Ausbildung und Berufsarbeit sowie kulturelle Erfahrung von zentraler Bedeutung für ein menschenwürdiges Dasein sind. Deshalb gilt meine politische Arbeit in erster Linie der **Sicherung bestehender** und der **Schaffung neuer Arbeitsplätze**.
Von gleicher Wichtigkeit ist für mich die **Verbesserung des Bildungs- und Kulturangebotes** (z.B. Volle Halbtagsschule, Soziokulturelle Projekte).
Besonders auf diesen Politikfeldern werde ich im Landtag arbeiten, wenn Sie mir mit Ihrer Stimme die Möglichkeit dazu geben.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ihr Peter Raske

Papenburg muß wieder in Hannover vertreten sein.

13. März 1994

Selbstverständlich Peter Direkt

Mandatsträger und ihre Funktionen im Stadtrat und im Kreistag

Stadtrat Name	Verwaltungsausschuß	Bauausschuß	Grundstücksausschuß	Jugendhilfeausschuß	Sportausschuß	Sozialausschuß	Schulausschuß	Kulturausschuß	Wirtschafts- und Fremdenverkehrsausschuß	Umweltausschuß
R. Seemann 04961/3438	X			X			X			X
A. Schipmann 04961/4750	X	X	X							
A. Schnieders 04961/74625					X	X			X	
W. Kröger 04961/72606		X	X							(X)
B. Bloem 04961/3871			X		X				X	
B. Gruner 04961/3334						X	X	X	X	
F. Kummer 04961/1026		X						X		X
H. W. Gouterney 04962/5396					(X)	X	X	X		

Kreistag X = Mitglied (X) = Vorsitz

F. Saalfeld 04961/2700		X				(X)				

Wenn Sie Rat und Hilfe brauchen oder wenn Sie uns Tips und Hinweise für die Ratsarbeit geben wollen, so rufen Sie uns bitte an.

Ein friedliches und erfolgreiches neues Jahr 1994 wünscht Ihnen der SPD-Ortsverein Papenburg

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Zur Jahreswende wünschen wir Ihnen alles Gute und viel Glück für 1994!

SPD

V.i.S.P.: SPD-Papenburg
Bernhard Bloem, Rosenstr. 48, 26871 Papenburg

Finanzminister Swieter im Rathaus empfangen

Zum Auftakt einer Bereisung des Emslandes traf Niedersachsens Finanzminister Hinrich Swieter (zweiter von rechts) gestern nachmittag in Papenburg ein. Dort wurde er nicht nur von Bürgermeister Heinrich Hövelmann (rechts) und Stadtdirektor Dr. Reinhart Schenk (links) empfangen. Eingefunden hatten sich auch Werftchef Bernard Meyer und Betriebsratsvorsitzender Paul Bloem, die dem Minister für seinen persönlichen Einsatz für die Emsvertiefung und die Belange der Werft dankten. Swieter habe bei vielen Fragen mit Ratschlägen weitergeholfen, das Problem der Emsvertiefung in Hannover vermittelt und bei der Finanzierung der Schwedenfähre „schnell und unkonventionell" geholfen, unterstrich Meyer. Hövelmann bedankte sich gleichfalls ausdrücklich beim sozialdemokratischen Minister: „Wir vergessen nicht, daß Sie der erste Mandatsträger der SPD waren, der sich vorbehaltlos für die Emsvertiefung eingesetzt hat." Swieter wies darauf hin, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen parteiübergreifendes Anliegen sein sollte. Mit im Bild: Landtagskandidat Peter Raske (SPD). (Siehe auch Bericht auf der Seite Kreis Emsland.) Foto: Lüddemann

Ems-Zeitung 18.01.1994

Finanzminister „Hinni" Swieter (stehend), der nach Ablauf dieser Legislaturperiode in wenigen Wochen als Politiker „in Rente geht", machte gestern Station in Papenburg. Gemeinsam mit dem SPD-Landtagskandidaten Peter Raske (2. v.l.) – so wurde in der Einladung ausdrücklich erwähnt – leitete Swieter eine Fachkonferenez zum Thema „Die Zukunft der kommunalen Finanzen in Niedersachsen". So erfuhren Kommunalpolitiker und Hauptverwaltungsbeamte unter anderem von den Hauptursachen für die Finanzmisere des Landes. Dazu zählen nach Ansicht Swieters die Belastungen durch den „Aufbau Ost". Dadurch, daß man den armen unter den alten Bundesländern die Mittel des Länderfinanzausgleichs gekappt hat, seien beispielsweise die Niedersachsen stärker am „Aufbau Ost" beteiligt, und gleichzeitig auch stärker durch ihn belastet. So hätten die „reichen" Hessen weniger Probleme, weil sie den Wegfall der Strukturhilfe gar nicht zu spüren bekamen. Überdies zeige die gegenwärtige Konjunktur-Talfahrt ihre Auswirkungen in den öffentlichen Kassen. An der Diskussion nahmen außerdem der SPD-Bundestagskandidat für den Bezirk Unterems, Reinhold Robbe (links), sowie die Landtagsabgeordnete Inge Lemmermann (rechts) teil, die ebenfalls nicht wieder für den landtag kandidiert. Vor der Fachkonferenez hatte sich der Finanzminister im Rahmen eines Empfangs der Stadt Papenburg ins Goldene Buch eingetragen.

GA-Foto: Merl

General Anzeiger 18.01.1994

Kreis Emsland

Einweihung und „Tag der offenen Tür"

Mit einem „Tag der offenen Tür" stellte sich am Wochenende die „Holz und Form GmbH" im Sögeler Gewerbegebiet Püttgesberge der Öffentlichkeit vor. Der soziale Betrieb eröffnet 17 Langzeitarbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten. Zur Produktpalette der Drechslerwerkstatt zählen Möbel für Kindergärten und Schulen. Auch ist die Einrichtung als Zulieferbetrieb für die Industrie ausgelegt bei der Fertigung von Treppenstäben, Säulen und Schrankfüßen. Das Foto zeigt bei der offiziellen Einweihung der Werkhalle Arbeitsamtsdirektor Ulrich Buurman, Geschäftsführer Richard Pomberg, SPD-Landtagskandidaten Peter Raske, Dr. Dieter Kleine vom niedersächsischen Sozialministerium, die SPD-Landtagsabgeordnete Inge Lemmermann und Sögels Gemeindedirektor Hans Grote (von links).

Foto: Duschanek

Ems-Zeitung 24.01.1994

Elke Müller nun doch nicht auf Platz 3 der Liste

Wahlleiter bemängelte SPD-Plan nach Tönsing-Rückzug

Hannover/Osnabrück (hab) Auf der SPD-Landesliste für die Landtagswahl gibt es nach dem Verzicht der Abgeordneten Beate Tönsing nun doch kein Vorrücken nach Bezirken; vielmehr werden alle Kandidaten ab Platz vier einen Rang höher gestuft. Das bestätigte SPD-Sprecherin Heyken am Donnerstag in Hannover.

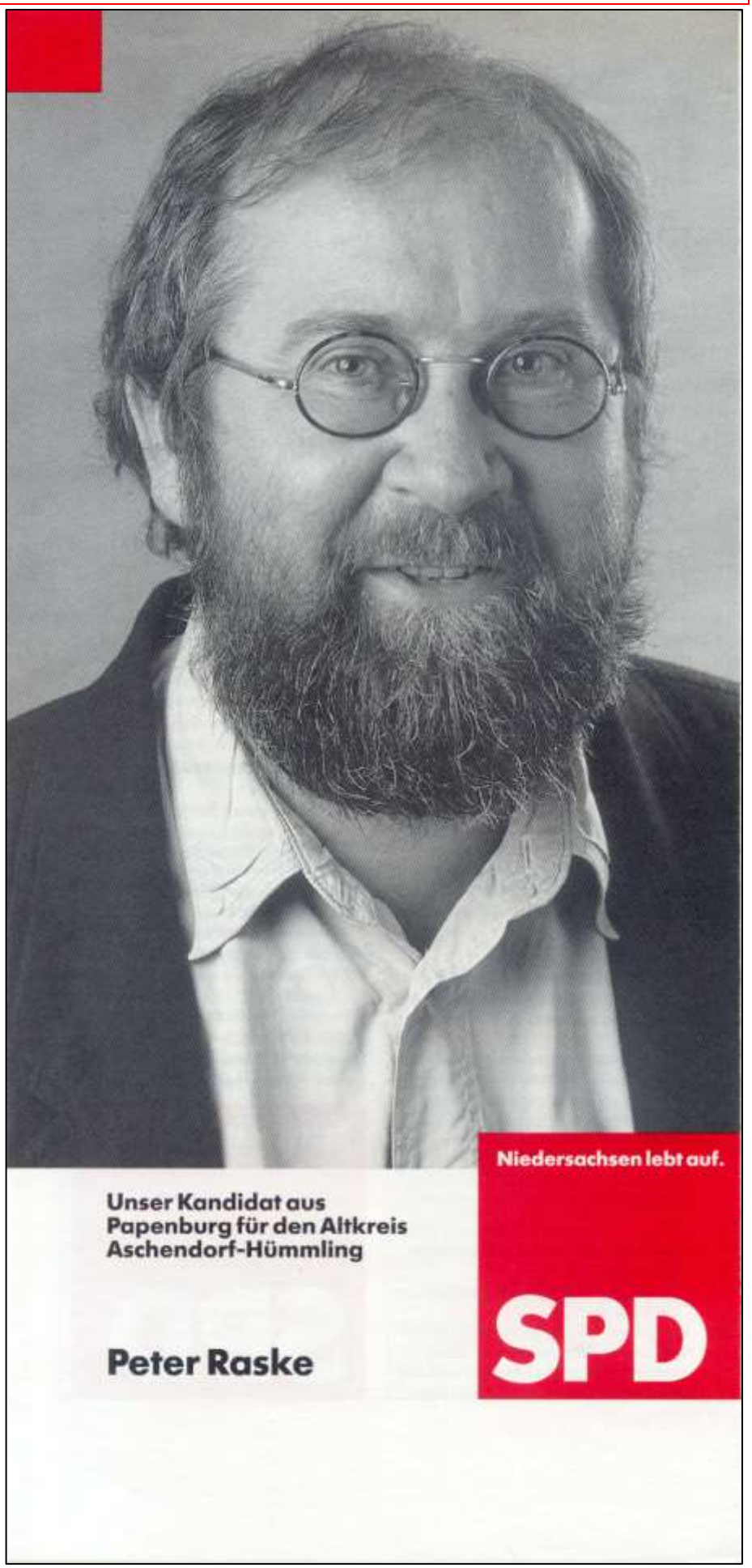
Wie berichtet, hatte der Vorsitzende des SPD-Bezirks Weser-Ems, Theilen, unmittelbar nach dem Kandidaturverzicht von Frau Tönsing auf einen Beschluß des Landesparteitages am 6. November 1993 in Königslutter verwiesen, wonach beim Ausscheiden eines Bewerbers der „Bezirksproporz" erhalten bleiben solle. Danach hätte auf Platz drei, den Beate Tönsing belegt, die bis dahin auf Rang sechs eingestufte Elke Müller aus Lingen vorrücken müssen. Deren Platz wäre an Karin Detert-Weber aus Osnabrück (bis dahin Rang neun) gefallen, und Karin Stief-Kreye aus Meppen hätte von Platz 13 auf Platz neun hochrücken können.

Nach Darstellung von Pressesprecherin Heyken meldete Landeswahlleiter Strelen nun jedoch gegen ein solches Verfahren schwere Bedenken an. Zwar liege ein formeller Parteitagsbeschluß vor; die angestrebte Praxis könne jedoch mit gesetzlichen Vorschriften kollidieren. Um kein Risiko einzugehen, so Frau Heyken, habe sich die Partei daher entschlossen, vom geplanten Vorrücken nach Bezirken abzusehen und statt dessen Höherplazierungen um einen Rang vorzunehmen.

Danach wird nun hinter Ministerpräsident Schröder und Innenminister Glogowski die Bezirksvorsitzende von Nordniedersachsen, Christina Bührmann, auf Rang drei kandidieren. Platz vier nimmt Amei Wiegel aus Celle ein. Erst danach kommt mit Elke Müller aus Lingen auf Platz fünf Weser-Ems an die Reihe.

Aus der Region Osnabrück/Emsland finden sich die anderen Bewerber jetzt auf folgenden Rängen wieder: 8. Karin Detert-Weber (Osnabrück), 12. Karin Stief-Kreye (Meppen), 20. Gerd Will (Nordhorn), 25. Nazih Musharbash (Bad Iburg), 28. Alfons Schwegmann (Wallenhorst), 31. Peter Raste (Papenburg), 35. Wolfgang Kirchner (Bramsche) und 48. Eckard Fasold (Osnabrück).

Ems-Zeitung 28.01.1994



Landtagswahlprospekt

Arbeitsplätze für unsere Region – das Hauptanliegen sozialdemokratischer Landespolitik.

Sichere Arbeitsplätze für unsere Region sind ein Hauptanliegen sozialdemokratischer Landespolitik.

Werftenstandort Papenburg gesichert

Die Vollbeschäftigung bei der Meyer-Werft und vielen Zulieferbetrieben ist gesichert. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat mit einer Bürgschaft von 500 Millionen Mark in extrem kurzer Zeit den Werftenstandort Papenburg für die kommenden Jahre abgesichert.

Mercedes-Teststrecke

Die Landesregierung gibt grünes Licht für die Mercedes-Teststrecke. Das bedeutet für unsere Region sichere Arbeitsplätze und: Die Bilanz der Natur ist gut. Mercedes wird zahlreiche abgetorfte Moorgebiete renaturieren.

Soziale Betriebe

2,3 Millionen Mark investiert die Landesregierung in Arbeitsplätze für Benachteiligte in Sozialen Betrieben in

Peter Raske tritt für die Emsvertiefung auf 7,30 Meter ein.

der INUMA in Papenburg und in das Projekt für Arbeit und Weiterbildung in Sögel. Das sind nur einige Beispiele dafür: Arbeitsmarktpolitik liegt bei der SPD in den richtigen Händen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mein Name ist Peter Raske, ich bin 44 Jahre alt und stamme aus einer alten Bauernfamilie. Durch meine Frau bin ich von Schleswig-Holstein nach Papenburg gekommen und fühle mich seither als Emsländer.

Nach meinem Studium der Kunsterziehung und Soziologie (Schwerpunkt

Inge Lemmermann: Wählt Peter Raske!

Liebe Emsländer im Altkreis ASD!
Nach 16 Jahren Abgeordnetentätigkeit bin ich der Meinung, diese Arbeit in jüngere Hände legen zu müssen. Unsere Mitglieder haben Peter Raske dafür nominiert, und ich weiß aus langjähriger Zusammenarbeit mit ihm, daß hier eine gute Wahl getroffen wurde. Sein Einsatz als sozialpolitischer Sprecher und als Mitglied im Beirat der Kreistagsfraktion war stets vorbildlich.

Peter Raskes Wahl als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt zeigt, daß er emslandweit großes Vertrauen auch bei Nichtparteimitgliedern genießt.

Indem ich mich mit Dank für Ihr Vertrauen von Ihnen verabschiede, bitte ich Sie um Ihre Stimme für Peter Raske.

Inge Lemmermann

Arbeitsmarktpolitik liegt bei Sozialdemokraten in guten Händen.

Volkswirtschaftslehre) war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen bildungs- und kulturpolitischen Projekten in Nordrhein-Westfalen, war fünf Jahre Vorsitzender des Bundesverbandes der Jugendkunstschulen Deutschlands.

Ich habe ein Jahr lang das Projekt „Jugendschiff" der Katholischen Erwachsenenbildung in Sögel betreut. Heute bin ich Leiter der beruflichen Bildung im „Benachteiligtenprogramm" der Johannesburg.

Da ich zwischenzeitlich arbeitslos war, hat sich mir die Erkenntnis tief eingeprägt, daß Ausbildung und Berufsarbeit von zentraler Bedeutung für ein menschenwürdiges Dasein sind. Deshalb gilt meine politische Arbeit in erster Linie der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Von gleicher Wichtigkeit ist für mich die Verbesserung des Bildungs- und Kulturangebotes (z.B. Volle Halbtagsschule, Sozio-Kulturelle Projekte).

Besonders auf diesen Politikfeldern werde ich im Landtag arbeiten, wenn Sie mir mit Ihrer Stimme die Möglichkeit dazu geben.

Ihr Peter Raske

Peter Raske bei der Theaterprobe mit Jugendlichen der Johannesburg.

Liebe Wähler und Wählerinnen!

Unser Kandidat Peter Raske verdient Ihr volles Vertrauen, denn wir kennen Ihn als einen einsatzfreudigen Politiker mit schneller Auffassungsgabe und hohem Organisationstalent.

Er ist konsequent, wenn es um sozialdemokratische Grundüberzeugungen geht, aber auch kompromißbereit in allen praktischen Fragen der Politik. Sein besonderer Einsatz für Benachteiligte macht ihn zu einem echten Sozialdemokraten.

Ihre SPD-Ortsvereine
im Altkreis Aschendorf-Hümmling

Am 13. März haben Sie zwei Stimmen:

Mit der ersten können Sie mich als Vertreter unseres Wahlkreises in den Landtag wählen. Mit der zweiten Stimme entscheiden Sie über die Stärke der SPD im Landtag. Dies ist die Stimme für Gerhard Schröder.

FEBRUAR 1994

Gleich zwei Fachkonferenzen im nördlichen Emsland besuchte gestern nachmittag die niedersächsische Justizministerin Heidi Alm-Merk (SPD). In der Johannesburg in Surwold erörterte sie zunächst mit Vertretern der Kommunen und der Polizei sowie Richtern, Schöffen, Bewährungshelfern und Mitarbeitern der Jugendsozialarbeit das Thema „Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Justiz". Unter anderem stimmte die Justizministerin der Behauptung eines Johannesburg-Mitarbeiter zu, nach der die landläufige These „Heimerziehung macht kriminell" nicht mehr zu halten ist. Im Gegenteil leisteten die Heime gerade vorbeugende Arbeit. Anschließend fand eine Fachkonferenz in der Drogenberatungsstelle Emsland in Papenburg statt. „Hilfe statt Strafe" hieß das Thema dieser Diskussionsrunde. Das Foto zeigt von links den SPD-Bundestagskandidaten Reinhold Robbe, Heidi Alm-Merk, die SPD-Landtagsabgeordnete Inge Lemmermann und den SPD-Landtagskandidaten Peter Raske.

GA-Foto: Merl

General Anzeiger 01.02.1994

Ministerin besuchte Johannesburg

Zum zweiten Mal hat die niedersächsische Justizministerin Heidi Alm-Merk (Mitte) am Montag das Jugendheim Johannesburg besucht (wir berichteten). Im Gespräch mit Experten aus Jugendarbeit und Justiz setzte sich die Ministerin mit Fragen der Jugendkriminalität auseinander. Am selben Tag stand noch ein Besuch in der Papenburger Drogenberatungsstelle auf dem Besuchsprogramm der Ministerin. Mit im Bild: Reinhold Robbe, Bundestagskandidat der SPD, die SPD-Landtagsabgeordnete Inge Lemmermann und der sozialdemokratische Landtagskandidat Peter Raske (von links). Foto: Lüddemann

Ems-Zeitung 02.02.1994

Donnerstag,
10. Februar 1994

Fachkonferenz „Kunstschulen"

Papenburg

Am Dienstag, 15. Februar, um 15.30 Uhr findet im Forum Alte Werft eine öffentliche Fachkonferenz mit dem Thema „Förderung der Kunstschulen: Kunst und Kultur sind für alle da!" mit der niedersächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Helga Schuchardt, unter Leitung von SPD-Landtagskandidat Peter Raske statt. Mit Vertretern des Landesverbandes der Kunstschulen in Niedersachsen, mit Mitarbeitern aus Kunstschulen, Kommunalpolitikern und interessierten Bürgern soll diskutiert werden, wie sich die Entwicklung der Kunstschulen in Niedersachsen vollzogen hat und welche Perspektiven es noch gibt.

Ems-Zeitung

Mittwoch,
16. Februar 1994

ERLÄUTERUNGEN FÜR DIE MINISTERIN: Vor einem Modell des Forums Alte Werft erläuterte Kulturreferent Dr. Rainer Krieger (rechts) das Entstehen des Kulturzentrums. Aufmerksame Zuhörer: Ministerin Helga Schuchardt (Mitte) und SPD-Landtagskandidat Peter Raske (links). Foto: Lüddemann

Auch „Kulturpädagogik" an der Lingener FH?

Schuchardt: Bestand der Kunstschulen sichern

Papenburg (lü)

An der geplanten Lingener Fachhochschule soll auch ein kulturpädagogischer Studiengang eingerichtet werden. Dies kündigte die niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Helga Schuchardt, gestern in Papenburg an. Im Rahmen einer Fachtagung zur Zukunft der Kunstschulen forderte die Ministerin, eine solche Ausbildung müsse vor allem auf die kulturelle Basisarbeit vorbereiten.

Zuvor hatte der SPD-Landtagskandidat Peter Raske verlangt, zum Studiengang „Kulturpädagogik" an der Universität Hildesheim ein Gegengewicht im Nordwesten zu schaffen. Frau Schuchardt brachte daraufhin den Standort Lingen ins Gespräch und kritisierte gleichzeitig die Ausbildung an den Universitäten in kulturwissenschaftlichen Fächern. Nirgendwo werde auf die Kulturarbeit wirklich vorbereitet, trat die Ministerin hier für eine Neuorientierung ein.

In Sachen Jugendkunstschulen sprach sich Frau Schuchardt dafür aus, diese Einrichtungen möglichst flächendeckend in Niedersachsen einzuführen. Mit rund 40 Einrichtungen dieser Art gebe es jedoch schon jetzt ebenso viele Kunstschulen wie in Nordrhein-Westfalen, zog die Ministerin ihre Erfolgsbilanz während der Tagung im Forum Alte Werft. An einen Ausbau dieser Strukturen sei gegenwärtig allerdings nicht zu denken. „Die bestehenden Kunstschulen müssen auf Dauer gesichert werden", sagte die Ministerin und grenzte sich gegen weitergehende Erwartungen ab.

„Wir können Zwischenfinanzierungen leisten, über Landesmittel können jedoch keine Festeinstellungen zugesagt werden", richtete sich Frau Schuchardt an die Vertreterinnen von Jugendkunstschulen, die zuvor von der unsicheren materiellen Lage vieler Kunstschulen berichtet hatten. Immerhin sei es gelungen, viele der zunächst auf ABM-Basis eingestellten Kunstschuldozentinnen auf Dauer zu beschäftigen, sah die Ministerin auch in diesem Punkt einen Erfolg ihrer Politik.

Von der Leistungsfähigkeit der Kunstschulen zeigte sich Papenburgs Kulturreferent Dr. Rainer Krieger voll überzeugt. Im Vergleich zu den Städten habe der ländliche Raum prozentual bessere „Schülerzahlen" aufzuweisen, zudem strahlten die Kunstschulen in ihr Umfeld aus. „Der kulturelle Rahmen einer Stadt ändert sich damit rasant", faßte Krieger die Erfahrungen mit den kulturellen „Multiplikatoreffekten" der Malschule in der Kanalstadt zusammen.

FACHKONFERENZ „FÖRDERUNG DER KUNSTSCHULEN“

Die SPD in Papenburg führte eine öffentliche Fachkonferenz zum Thema „Förderung der Kunstschulen - Kunst und Kultur sind für alle da!“ Sie fand statt mit Helga Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur, am 14. Februar 1994, um 15.30 Uhr, im Forum Alte Werft, Kleines Theater, Oelmühlenweg 5, in Papenburg. Kultur ist Leben. Wer die Kulturförderung kürzt, würgt Leben ab. Kultur ist nicht länger ein Privileg für wenige. Niedersachsens Kulturpolitik setzt Kreativität frei. Deshalb werden Jugendkunstschulen gefördert. Wie sich die Entwicklung der Kunstschulen in Niedersachsen vollzogen hat, welche Perspektiven es gibt, wurde mit Vertretern des Landesverbandes der Kunstschulen, Mitarbeitern und Politikern sowie interessierten Bürgern diskutiert. Peter Raske wollte als Gründungsmitglied und langjähriger Bundesvorsitzender der Jugendkunstschulen mit dieser Veranstaltung den Kunstschulen in Niedersachsen die Gelegenheit geben, ihre Arbeit der Öffentlichkeit darzustellen.

Kunst und Kultur sind für alle da! Unter diesem Mottto wurde am Dienstag in Papenburg mit der niedersächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst Helga Schuchardt über die Förderung von Kunstschulen diskutiert. Zu der Fachkonferenz hatte SPD-Landtagskandidat Peter Raske nicht nur Vertreter des Landesverbandes der Kunstschulen und Mitarbeiter aus Kunstschulen, sondern auch Kommunalpolitiker und interessierte Bürger eingeladen. Vorher wurde die Ministerin durch das Forum Alte Werft und die Papenburger Jugendkunstschule „Zinnober“ geführt. Foto:Kluth

General Anzeiger 16.02.1994

Damit Dörpen einen Anwalt behält:
SELBSTVERSTÄNDLICH PETER DIREKT

Seite 4

Damit Papenburg in Hannover vertreten ist:
SELBSTVERSTÄNDLICH PETER DIREKT

Haben Sie Mut? ... Ehrlich? ... Klar, dann:
SELBSTVERSTÄNDLICH PETER DIREKT